

GASTKOMMENTAR

Traurige Ironie

Volker Perthes hofft, dass die Zerstörung von Chemiewaffen in Syrien den Weg zum Frieden bereitet.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) ist zu Recht auf Zustimmung gestoßen: Die OPCW setzt die internationale Chemiewaffenkonvention um, die den Einsatz und den Besitz von Chemiewaffen verbietet. Mit ihrer fast universellen Mitgliedschaft - heute fehlen hier nur noch Ägypten, Angola, Israel, Myanmar, Nordkorea und Südsudan - ist diese Konvention eines der erfolgreichsten weltweiten Abrüstungsregime. Die Arbeit der Inspekture ist oft gefährlich. Und der Chemiewaffenangriff auf die Vororte von Damaskus, bei dem im August dieses Jahres mehr als 1 400 Menschen getötet wurden, hat einmal mehr unterstrichen, wie wichtig die Aufgabe bleibt, Waffen dieser Art endgültig aus dem Verkehr zu ziehen.

Die doppelt traurige Ironie der Nobelpreisentscheidung liegt darin, dass die OPCW den Preis gewissermaßen dem syrischen Bürgerkrieg verdankt und dass die wichtigsten internationalen Akteure erst nach dem Chemiewaffenangriff begonnen haben, einen gemeinsamen Ansatz im Umgang mit diesem Krieg zu suchen. Gleichwohl ist es gut, dass der Uno-Sicherheitsrat auf der Grundlage einer entsprechenden russisch-amerikanischen Einigung die Abrüstung der syrischen Chemiewaffen angeordnet hat.

Syrien hat die Chemiewaffenkonvention mittlerweile unterzeichnet und sich bereiterklärt, sein Chemiewaffenarsenal vernichten zu lassen. Damit lässt sich zwar das Verbrechen des Giftgaseinsatzes nicht ungeschehen machen. Die weltweite Ächtung von Chemiewaffen ist aber gestärkt worden. Denn mit dem Beginn der Vernichtung der syrischen Bestände hat die internationale Gemeinschaft auch deutlich gemacht, dass der Einsatz solcher Waffen fortan deren Verlust zur Folge hat.

Gleichzeitig eröffnet sich mit der Einigung auf die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen auch ein kleines Fenster für neue diplomatische Bemühungen um ein Ende des Bürgerkriegs. Immerhin verlangt die entsprechende Sicherheitsratsresolution auch die Einberufung der seit langem geplanten "Genf II"-Konferenz zu Syrien, bei der die wichtigsten Konfliktparteien unter internationaler Vermittlung einen Friedens- und Übergangsprozess einleiten sollen. Tatsächlich wird sich das anspruchsvolle Programm einer vollständigen Erfassung, Sicherung und Zerstörung der syrischen Chemiewaffen nicht umsetzen lassen, solange ein blutiger Bürgerkrieg tobt.

Ein konsekutives Vorgehen - erst Abrüstung, dann, vielleicht, ein Friedensprozess - wird nicht möglich sein. Beide Prozesse müssen vielmehr gleichzeitig vorangetrieben werden. Internationale Waffeninspektoren können sich nicht frei bewegen, solange es nicht zumindest einen haltbaren Waffenstillstand gibt. Aus humanitären Gründen ist eine Waffenruhe überfällig; aus geopolitischen

Gründen wird sie immer dringender: Denn je länger der syrische Bürgerkrieg weiterbrennt, desto mehr gefährdet er den ohnehin fragilen inneren Zusammenhalt der Nachbarstaaten Libanon, Jordanien und Irak und damit die regionale Staatenordnung insgesamt.

Lakhdar Brahimi, der gemeinsame Syrien-Beauftragte der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, hat bereits Anfang des Jahres klargestellt, dass die syrischen Konfliktparteien allein nicht mehr in der Lage sind, einen Friedensprozess zu beginnen, und dass die internationale Gemeinschaft deshalb in der Verantwortung steht. Skepsis, dass es überhaupt gelingt, die Konfliktparteien zu ernsthaften Verhandlungen an einen Tisch zu bringen, ist durchaus berechtigt.

Selbst Russland, die USA, Iran, Saudi-Arabien oder andere externe Unterstützer des syrischen Regimes beziehungsweise der Opposition können das Gelingen der Genfer Konferenz nicht garantieren. Allenfalls können sie die Voraussetzungen dafür verbessern. Sie müssten ihren jeweiligen Freunden in Syrien dazu gemeinsam signalisieren, dass sie von jetzt an auf einen verhandelten politischen Übergang setzen und Bemühungen um einen militärischen Sieg nicht mehr unterstützen werden. Das heißt auch, dass alle diese Staaten, eben weil sie Einfluss auf je einzelne Kriegsparteien haben, an der geplanten Konferenz teilnehmen sollten. Wenn so zumindest ein Waffenstillstand zustande käme, könnte aus dem Plan zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen tatsächlich ein Beitrag zum Frieden in Syrien werden.

Der Autor ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de